

Manfred Rößmann, Offenbach

4. Januar 2023

Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Petition

Vor fast 48 Jahren verhängte das Land Niedersachsen gegen mich ein Berufsverbot als Lehrer. Dieses Unrecht besteht noch immer.

Nach der Mittleren Reife 1965 habe ich 1968 meine Facharbeiterprüfung als Starkstromelektriker abgeschlossen. Von 1968 bis 1971 studierte ich an der Fachhochschule Bielefeld Nachrichtentechnik und Datenverarbeitung. An der Technischen Universität Hannover schloss ich ein Studium der Berufspädagogik mit dem 1. Staatsexamen ab (1974). Am Studienseminar in Oldenburg erfolgte 1975 das 2. Staatsexamen. Am Studienseminar war ich stellv. Vors. des Personalrates.

Vor dem 2. Staatsexamen wurde mir zum 1.10.1975 eine Planstelle an der Berufsschule Wilhelmshaven zugewiesen. Ohne vorherige Benachrichtigung wurde mir keine Einstellungsurkunde überreicht. Später erhielt ich eine Einladung zur Anhörung am 3.12.1975 im Niedersächsischen Innenministerium. In der Einladung wurden mir Vorhaltungen aufgrund meiner Mitgliedschaften und Aktivitäten in DKP und MSB-Spartakus gemacht.

Am 16.3.1976 erhielt ich den Bescheid über mein Berufsverbot. 1980 bzw. 1982 wiesen das Verwaltungsgericht Oldenburg sowie das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg meine Klage ab.

Der Europäische Gerichtshof hat in Sachen Berufsverbote ein anderes Urteil gefällt.

Mein Arbeitsleben ab Oktober 1975 begann mit Jahren von Arbeitslosigkeit - unterbrochen von unqualifizierten Tätigkeiten. Danach wechselnde Tätigkeiten in der privaten Wirtschaft, die teilweise nichts mit meiner Ausbildung zu tun hatten. Zum Ende der Berufstätigkeit war ich häufiger arbeitslos. Während dieser Zeit habe ich einige Stunden an einer gewerblichen Schule in Offenbach unterrichtet (Mathematik und Physik).

Mitte 2011 ging ich mit Abschlügen vorzeitig in Rente.

Mehr als 20% meines Arbeitslebens waren in teils prekären, teils schlecht bezahlten Stellen bzw. arbeitslos. Alles mit negativen Auswirkungen auf meine Rente.

Was wäre wenn ...? Wenn ich hätte Lehrer werden können, hätte ich heute etwa die doppelte Rente ...

Meine Forderungen an das Land Niedersachsen:

1. Meine und die Rehabilitierung anderer Betroffener
2. Eine persönliche Entschuldigung durch die Landesregierung
3. Eine Entschädigung bzw. finanzielle Wiedergutmachung für begangenes Unrecht (dazu liegen Vorschläge des DGB Niedersachsen vor)
4. Einrichtung eines runden Tisches mit Betroffenen unter Beteiligung der Gewerkschaften.
5. Veröffentlichung des Berichtes der Niedersächsischen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Schicksale im Zusammenhang mit dem sogenannten Radikalenerlass an die Landesregierung und Diskussion im Plenum des Landtages
6. Berücksichtigung der Thematik in der Politischen Bildung - insbesondere im Schulbereich.

Ich bin gerne bereit weitere Informationen zur Verfügung zu stellen.

M. Rß-